



Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: MD-Verfassungsdienst und
EU-Angelegenheiten
Adresse: 1082 Wien, Rathaus
Telefon: 4000-82312
Telefax: 4000-99-82310
e-mail: post@mdv.magwien.gv.at

MD-VD - 810/03

Wien, 18. April 2003

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesbahngesetz,
das ASFINAG-Gesetz und das
Schieneninfrastrukturgesetz ge-
ändert werden;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu GZ 040010/7-Pr.4/03

An das
Bundesministerium für Finanzen

Zu dem mit Schreiben vom 28. März 2003 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf besteht grundsätzlich kein Einwand. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass Haftungen des Bundes bzw. Haftungsübernahmen durch den Bund - gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion im Zusammenhang mit den Haftungen einzelner Länder für Landeshypothekenbanken - EU-rechtlich nicht unbedenklich sind.

- 2 -

Das Amt der Wiener Landesregierung geht weiters davon aus, dass allfällige günstige Konditionen für den Ausbau der Schieneninfrastruktur im Rahmen eines entsprechenden Infrastrukturbenützungsentgeltes (IBE) auch an dritte und damit von der ÖBB verschiedene Eisenbahnunternehmen, die die Infrastruktur bzw. Trassen der ÖBB in Anspruch nehmen (müssen), weitergegeben werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse „begutachtungsverfahren@parlament.gv.at“.

Für den Landesamtsdirektor:

OSR Dr. Wolfgang Jankowitsch

Mag. Karl Pauer
Senatsrat